Amts- und Anzeigeblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock

und dessen Umgebung.

Abonnement viertelj. 1 M. 25 Pf. einschließl. des „Illustr. Unterhaltungsbl." u. der Humor. Beilage „Seifenblasen" in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Erscheint wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insertionspreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pf.

Fernsprecher Nr. 210.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

54. Jahrgang.

№ 34. Dienstag, den 19. März **1907.**

Oeffentl. Sitzung des Bezirksausschusses zu Schwarzenberg

findet **Donnerstag, den 4. April 1907, von vormittags 1/2 12 Uhr an im Sitzungszimmer des Stadthauses zu Schwarzenberg** statt.

Königliche Amtshauptmannschaft Schwarzenberg,
den 14. März 1907. R.

Pflichtfeuerwehr betreffend.

Im neuen Feuerwehrdienstjahre (das ist vom 1. April 1907 bis Ende März 1908) wird wiederum nur ein Teil der nach den Bestimmungen der Feuerlöschordnung dienstpflichtigen Mannschaften zum Dienste herangezogen werden und zwar sind diejenigen Mannschaften zum Dienste bestimmt worden, **die in den Jahren 1872 und 1881 bis mit 1884 geboren sind.** Die Chargierten jedoch bleiben, auch wenn sie anderen Jahrgängen angehören, fernerhin dienstpflichtig. Alle übrigen Jahrgänge dagegen sind im Dienstjahre 1907/08 vom Feuerwehrdienste, sowohl bei Uebungen, wie auch bei Bränden, befreit.

Die Mannschaften der Jahresklassen 1872 und 1881 bis mit 1884 haben bei allen, feuerwehrdienstliche Tätigkeit erheischenden Anlässen anzutreten.

Die Stammrolle der dienstpflichtigen Mannschaften kann von den Beteiligten an Ratsstelle eingesehen werden.

Stadtrat Eibenstock, den 15. März 1907.
Hesse. Müller.

1. Anlagentermin betreffend.

An die Bezahlung des am 1. März dss. Js. fällig gewesenen **1. Anlagentermins 1907** wird hiermit nochmals **erinnert.**

Stadtrat Eibenstock, am 18. März 1907.
Hesse. Bg.

Handelsschule zu Eibenstock.

Die diesjährigen mündlichen Osterprüfungen finden **Freitag, den 22. März, nachmittag 4 Uhr** im Saale des Kunst- und Handelsschulgebäudes statt.

Prüfungsordnung:

4 Uhr — bis 4 Uhr 20: Kl. III. Korrespondenz, Philipps.
4 „ 20 „ 4 „ 40: Kl. II. Rechnen,
4 Uhr 40 bis 5 Uhr 10: Kl. I. Zusammenhängende kaufm. Uebungen (Musterkontor) Illgen.

An die Prüfungen schließen sich an: Deklamationen der Schüler. Erstattung des Jahresberichtes. Belobigung und Prämierung von Schülern. Entlassung der abgehenden Schüler.

Die Behörden, die Herren Chefs, die Eltern der Schüler, sowie alle Freunde der Schule werden zu diesen Veranstaltungen ergebenst eingeladen.

Der erste Vorsitzende des Schulvorstandes: Max Ludwig.

Der Direktor: Rudolf Illgen.

In der öffentlichen Vorbildersammlung

der Zweigabteilung der Königl. Kunstschule für Textilindustrie findet von heute bis nur Palmsonntag eine **Sonderausstellung** von Flächenerzeugnissen **nach Entwürfen von Prof. J. M. Olbrich** (Künstler-Kolonie Darmstadt) statt.

Eibenstock, den 16. März 1907.

Kneisel.

Holzversteigerung auf Schönheider Staatsforstrevier.

In der Restauration „zum Rathaus" in Schönheide

Donnerstag, den 21. März 1907, von vorm. 9 Uhr an

1838	weiche	**Stämme**	10—19 cm stark,		10—20 m lang.		
106	„	„	20—26 „	„			
1055	„	**Klötzer**	7—15 „	„		4	„ „
1040	„	„	16—22 „	„			
428	„	„	23—40 „	„		3—4	„ „
586	„	**Derbst.**	8—12 „	„			
576	„	„	13—15 „	„		7—13	„ „
600	„	**Reisst.**	4—7 „	„			
						4—7	„ „
13	rm weiche	**Nutzknüppel** (geschnitzt).					
70	„ „	**Brennscheite,**			422 rm weiche **Aeste,**		
138	„ „	**Brennknüppel,**			296 „ „ **Streureisig.**		

Spezielle Verzeichnisse der zu versteigernden Hölzer werden, soweit der Vorrat reicht, auf Verlangen von der unterzeichneten Revierverwaltung abgegeben.

Schönheide und Eibenstock, am 15. März 1907.

Kgl. Forstrevierverwaltung. **Kgl. Forstrentamt.**

Interpellation Heyl zu Herrnsheim und Dr. Stresemann.

Am Donnertag voriger Woche gelangte im Reichstage die Interpellation betreffs einer eventuellen staatlichen Pensions- und Hinterbliebenen-Versorgung für die Privatbeamten zur Besprechung. Die Frage ging dahin, ob das Ergebnis der Materialbeschaffung und Bearbeitung nunmehr vorliege, und wann die von dem Staatssekretär in Aussicht gestellte Denkschrift dem Reichstage zugehen werde. — Staatssekretär Graf Posadowsky erklärte sich bereit, sofort zu antworten.

Abg. Heyl zu Herrnsheim (ntl.) begründet die Interpellation. Die Regierung klage über die Flut von Anträgen, aber sie sei selbst schuld daran. Warum halte sie sich so zurück? Das praktische Leben gehe vorwärts und die Regierung hinke immer hinterdrein. Mit einer Denkschrift über die Pensionsversicherung der Privatangestellten allein sei nicht gedient, es müsse auch eine Vorlage gebracht werden.

Staatssekretär Graf Posadowsky macht Mitteilung über die Erhebungen. Wolle man die Pensionsverhältnisse genau so wie bei den Reichsbeamten regeln, und rechne man die Heilpflege mit hinzu, so würden 19% des Durchschnittsgehaltes (den die Regierung auf 2100 M. berechnet habe) als Jahresbeitrag aufzuwenden sein. Die Denkschrift werde dem Reichstage heute noch zugehen. Danach würden die Privatbeamten selber zu prüfen haben, welcher Weg zu beschreiten sei. Zu prüfen aber werde ferner sein, ob nicht eine Zwangsversicherung in bedenklicher Weise in die private Versicherung eingreife. Ueber die sittliche Berechtigung des Verlangens der Privatbeamten und über die wirtschaftliche Notwendigkeit der Versicherung könne kein Zweifel sein. Zweifelhaft könne man nur darüber sein, welcher Weg zu betreten ist, und ehe man sich darüber entscheide, würden die verbündeten Regierungen, der Reichstag und die Beteiligten die Denkschrift sorgsam zu prüfen haben. — Auf Antrag des Abg. Bassermann erfolgt Besprechung der Interpellation.

Abg. Sittart (Ztr.) erklärt, alle Parteien seien einig, man wolle friedlich zusammenarbeiten. Freilich, eine Anregung, die von liberaler Seite unmittelbar nach den Wahlen an das Zentrum gekommen sei, sei verfrüht gewesen; das habe man dem Zentrum damals noch nicht zumuten können, mit denen zusammenzugehen, die das Zentrum kurz vorher als antinational beschimpft hatten.

Abg. Pauli-Potsdam (kons.) spricht sich in ähnlicher Weise aus wie der Vorredner.

Abg. Dr. Potthoff (frs. Vgg.) ist von den Erklärungen des Staatssekretärs angenehm überrascht. Er habe das Vertrauen gerechtfertigt, das seitens der Privatbeamten in ihn gesetzt werde. Er bedaure nur, daß der Staatssekretär nicht schon etwas früher mit der Denkschrift herausgekommen sei, sodaß sie schon hätte berücksichtigt werden können. Graf Posadowsky habe als Durchschnittseinkommen der Privatangestellten 2100 Mk. genannt. Das sei doch irreführend. Dieser Durchschnitt berücksichtige nur die obere Hälfte der Angestellten, die Masse derselben sei aber viel schlechter gestellt. Wichtig sei, ob der Staatssekretär, ehe er gesetzgeberisch vorgehe, auch noch die Ergebnisse der Berufs- und Gewerbezählung abwarten wolle. Er, Redner glaube, diese Berufszählung werde doch wohl nur über den Umfang des Privatbeamtenwesens Auskunft geben. Er setze voraus, daß der Staatssekretär jedenfalls die jetzige Denkschrift als den Anfang seines gesetzgeberischen Vorgehens betrachtet wissen wolle. Schließlich meint Redner, daß dem Satze von 19% doch eine zu ungünstige Berechnung zu Grunde liegt. In Oesterreich sei die Berechnung jedenfalls günstiger ausgefallen, ebenso bei einigen privaten Beamtenversicherungen, so bei der Hamburg-Amerika-Linie.

Abg. Heine (Soz.) meint, sachlich seien seine Freunde mit dieser Fürsorge für die Privatbeamten durchaus einverstanden, aber keinesfalls sollte man dabei den Zusammenhang mit den Arbeiterversicherungs-Gesetzen lösen. Hoffnungsvoll stimmten ihn die Ziffern des Staatssekretärs nicht; 19% des Einkommens als Versicherungsbeitrag, das sei zu hoch. Daß da neben den Unternehmern auch ein Reichszuschuß in Betracht kommen müsse, erscheine ihm selbstverständlich. Auf jeden Fall müsse es sich um eine Reichsversicherung handeln und um eine obligatorische. Seine Fraktion würde sich jedenfalls frei von allen Empfindlichkeiten an den Arbeiten beteiligen.

Abg. Linz (Rp.) erklärt namens seiner Freunde, daß auch sie die Privatbeamten-Versicherung für eine der wichtigsten Aufgaben halten.

Abg. v. Jaworski (Pole) erklärt, auch seine Fraktion brächte dem Gegenstande das wärmste Interesse entgegen.

Abg. Bruhn (Ref.) tritt für die Privatbeamten-Versicherung ein.

Abg. Stresemann (natl.) bestreitet gegenüber dem Abg. Sittart, daß die Nationalliberalen früher Gegner einer solchen Versicherung gewesen seien. Seine Freunde seien stets aus wahrem Interesse für die Sozialpolitik eingetreten, dafür bürge schon die Tätigkeit des Fraktionsvorsitzenden Bassermann. Seine Freunde seien auch stets dafür gewesen, daß Mittel des Staates für die Arbeiter flüssig gemacht würden. Auch jetzt würden sie gern für die Privatbeamten sorgen. Der Mittelstand müsse erhalten werden, dürfe nicht zerrieben werden. Auch die deutsche Industrie und der deutsche Handel hätten ein Interesse daran, daß etwas für die Privatbeamten geschehe, daß die Unsicherheit ihrer Existenz aufhöre. Der größte Teil der Industrie sei sich auch dieser Pflicht bewußt. Die Theorie, die das Eingreifen des Staates verwerfe und alles der Initiative des Einzelnen überlasse, sei seit langem schon als überlebt erkannt worden.

Abg. Hormann (Frs. Volksp.) meint, man müsse dafür sorgen, daß der Privatbeamte unabhängig vom Arbeitgeber sichergestellt wird, und das kann nur geschehen durch staatliche Pensionsversicherung.

Abg. Sittart (Ztr.) sucht darzulegen, daß die bürgerliche Linke tatsächlich dann nicht das Verdienst hätte, zu Gunsten einer Versicherung für Privatbeamte anregend und bahnbrechend gewesen zu sein.

An der Debatte beteiligen sich noch die Abg. Potthoff und v. Heyl, worauf Graf Posadowsky noch darauf hinweist, wie außerordentlich viel schätzbares Material die heute zur Verteilung gelangende Denkschrift enthalte.

Abg. Stresemann (ntl.) erwidert dem Abg. Sittart, daß gerade der Bund der Industriellen im Gegensatze zu dem ihm vom Abg. Sittart unterstellten Verhalten ihn selbst aufgefordert habe, in dieser Frage im Reichstage antreibend vorzugehen.

Abg. Erzberger (Ztr.) entnimmt der ganzen Geschichte der Sozialpolitik, daß gerade die Industriellen einer ausgiebigen Sozialpolitik in allen ihren Teilen, also namentlich auf dem Gebiete von Arbeiterschutz und Arbeiterrecht z. B. Koalitionsrecht, die beharrlichste Opposition gemacht hätten.

Abg. Heine (Soz.) polemisiert gegen die Nationalliberalen und bemängelt die Konkurrenzklauseln bei der Firma Cornelius Heyl.

Abg. v. Heyl hält dem Abg. Erzberger entgegen, daß auch das Zentrum früher sozialpolitisch sehr schwierig gewesen sei.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Heine und Bebel schließt die Besprechung.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der österreichische Thronfolger, Erzherzog Franz Ferdinand, hat, wie die „National-Zeitung" erfährt, zwei Tage in strengstem Inkognito in Berlin geweilt und hier mit dem Kaiser lange und eingehend konferiert. Der Erzherzog kam von Dresden, wohin er einen kurzen Abstecher gemacht hatte. Von anderer Seite wird gemeldet, daß der Besuch einen gänzlich unpolitischen Charakter gehabt habe.

— Am Freitag hat in München eine von bayerischen Liberalen aller Parteirichtungen einberufene und von zahlreichen Vertretern liberaler Vereinigungen Süd-Deutschlands besuchte Versammlung die Gründung eines Nationalvereins für das Deutsche Reich beschlossen. Der neue Nationalverein soll in die Selbständigkeit der liberalen Parteien nicht eingreifen; der Anschluß steht einzelnen Mitgliedern, wie liberalen Vereinigungen offen. Es sollen alljährlich Tagungen großen Stils veranstaltet werden. Die Gründung vollzog sich, wie Münchener Blätter berichten, unter begeisterter Zustimmung der Versammlung. Aus allen Teilen des Reiches sind warme Sympathiekundgebungen hervorragender Männer eingelaufen.

— Ein interessanter Wahlprotest ist der dem Reichstage von liberaler Seite aus Straßburg-Stadt zugegangene Protest. Dieser sagt u. a., daß im Vorort Straßburg-Neuhof der katholische Pfarrer Lux von der Kanzel aus in der Predigt zur Wahl des Sozialdemokraten aufgefordert hat. Ferner, daß der Pfarrer den Kirchendiener, der in dem Wahlprotest als amtliche Person aufgefaßt wird, noch in letzter Stunde zu den Mitgliedern des katholischen Kirchenvorstandes geschickt hat, um sie zur Wahl des Sozialdemokraten zu veranlassen.

— Zwei Bergwerks-Katastrophen. Vor sechs Wochen, am 28. Januar, ist das Saarrevier von einem schweren Bergwerksunglück heimgesucht worden, dem 148 brave Bergleute zum Opfer fielen, während es gelang, die übrigen in die Gruben Reeden Eingefahrenen in mehrtägiger gefahrvoller Arbeit zu retten. Am Sonnabend brachte der Telegraph die Meldung von zwei neuen schweren Katastrophen. Die eine hat die Grube Klein-Rosseln bei Forbach in Lothringen betroffen, der Schauplatz der zweiten ist die fiskalische Gerhardgrube bei St. Johann. In der Grube Klein-Rosseln fand eine schwere Explosion schlagender Wetter statt. Wie die Bergwerksdirektion mitteilt, waren etwa 80 Bergleute eingefahren; von diesen sind 77 geborgen und zwar 65 Tote und 12 Schwerverletzte. Das Unglück ereignete sich Freitag abend zwischen 10 und 11 Uhr und zwar im Schacht Buillenin. Die verunglückten Bergleute waren bereits um 5 Uhr nachmittags eingefahren. Der Betriebsunfall auf dem Mathildenschacht der Gerhardgrube kostete 22 Bergleuten das Leben. Nach Mitteilung der Bergwerksdirektion St. Johann riß Sonnabend morgen zwischen 6 und 7 Uhr auf dem Mathildenschacht der Gerhardgrube das Förderseil. Auf der Förderschale befanden sich 22 Bergleute. Amtlich wird bestätigt, daß sämtliche Verunglückten tot sind.

— Die Besitzer der Grube Klein-Rosseln haben 100000 Mark für die ersten Bedürfnisse der vom Grubenunglück betroffenen Familien gestiftet.

— Durch Kaiserliche Ordre vom 6. März wird der in dem Schutzgebiet Südwestafrika bestehende Kriegszustand mit dem 31. März d. J. aufgehoben. Mit dem gleichen Zeitpunkt wird der Chef des Generalstabes der Armee von der ihm übertragenen Leitung der Operationen enthoben. Das bisherige Kommando der Schutztruppe für Südwestafrika mit dem Hauptquartier ist sobald als möglich aufzulösen.

SLUB
Wir führen Wissen.